

RICHARD C. SCHNEIDER

## Israels chaotische Corona-Politik



«Was für ein Balagan!», lachte mein Hausarzt am Telefon erst heute. Was er meinte, ist das Chaos in der israelischen Pandemiebekämpfung in Sachen Omikron. Ein kurzer Zwischenstand, der morgen bereits übertroffen

sein wird: Beim Verfassen dieser Zeilen gibt es in Israel knapp 44 000 Neuinfektionen, der R-Wert liegt bei etwas über 2. Tendenz: Steigend. Aber mein wunderbarer Arzt, der sich gern über alles mit seinem Wiener Schmäher mokiert, fährt dann noch gleich fort: «Aber woanders ist es ja auch nicht besser. Oder es wird gerade immer schlimmer, was soll's ...» Was ist los in Israel? Der «Impfweltmeister» in der Krise? Das Land, das für die Bekämpfung von Corona ein Vorbild war, das als erstes die dritte und jetzt die vierte Impfung eingeführt hat? Verliert es gerade seine Vorbildfunktion für die Welt? Wenn es um die Kommunikation geht, dann haben Premier Bennett und die Seinen längst verloren. Alle paar Tage neue Anweisungen, die niemand versteht, die sich teilweise widersprechen. Die meisten Israelis haben es bereits aufgegeben, noch begreifen zu wollen, was sie nun dürfen und was nicht.

Sie machen, was sie wollen. Doch ist die israelische Pandemiepolitik wirklich so katastrophal wie es scheint? Eigentlich nicht. Wenn man von solchen unnötigen und Ärger verursachenden Entscheidungen absieht wie die Schliessung des Luftraums und dann wieder die totale Öffnung, weil's «eh schon wurscht ist»,

**«Die meisten Israelis haben es bereits aufgegeben, noch begreifen zu wollen, was sie nun dürfen und was nicht.»**

wie mein lieber Arzt das formulieren würde, dann verfolgt die Regierung durchaus ein Ziel – die Wirtschaft am Leben zu erhalten, die gefährdeten Gruppen bestmöglich zu schützen und das Gesundheitssystem vor dem Kollaps zu bewahren. Vor diesem Hintergrund muss man die Herabsetzung der Quarantänedauer sehen, oder die Erlaubnis, sich mit negativen

Antigentests normal bewegen zu können. Man will einen Quasi-Lockdown vermeiden, man will die PCR-Teststationen entlasten, man will das Leben irgendwie aufrecht erhalten, selbst wenn Bennett inzwischen davon spricht, dass wohl mindestens die Hälfte der 9 Millionen Bürger irgendwann positiv sein würden.

Insofern könnte Israel tatsächlich erneut eine Vorbildfunktion einnehmen. Denn was Israel macht, ist der allmähliche Umstieg von einer Politik, die Corona bekämpfte, zu einer Politik, die versucht mit dem Virus zu leben. Dass dabei die Chancen auf eine Herdenimmunität wachsen, ist möglicherweise der Omikron-Variante zu verdanken, die zwar ansteckender ist als alle Varianten zuvor, dafür aber doch etwas weniger gefährlich, wenngleich es Einzelne dennoch hart erwischen kann. Die entscheidende Frage wird sein, wie schnell Israel aus dieser fünften Welle herauskommen wird. Je kürzer diese Krise sein wird, desto besser natürlich für die Menschen, aber auch für die Regierung Bennett. Sie könnte sich dann selbst auf die Schultern klopfen und für sich in Anspruch nehmen, dass sie zum zweiten Mal eine Virus-Welle erfolgreich bekämpft und überstanden hat.

*Richard C. Schneider ist Publizist, Redaktor und Filmemacher für die ARD, er war Studioleiter des Bayerischen Rundfunks in Tel Aviv und zuletzt in Rom.*

DAS JÜDISCHE LOGBUCH VON YVES KUGELMANN

## Maucheleien – Mohren raus, Nazis rein



Zürich, Januar 2022. Wer sind die eigentlichen Antisemiten – jene, die Antisemitismus zulassen oder jene die antisemitisch agieren? Die Causa Bührle fördert in Hintergrundgesprächen, in Leserkommentaren und sozialen Medien wiederum alt-

bekanntes Stereotype zutage. Viele Züricher avancieren nicht zuletzt auf digitalen Plattformen geradezu zu Bührle-Verstehern. Juden werden stigmatisiert, Forderungen nach Aufklärung und anderes verhöhnt. Zürichs amtierende Regierung hat nicht nur davor zurückgeschreckt, den Nazi-Kollaborateur Georg E. Bührle im öffentlichen Raum zu legitimieren, das Ansehen der Stadt weltweit zu beschädigen, sondern zwingt Jüdinnen und Juden in eine Debatte, die man vor einem

Jahr nicht für möglich gehalten hätte. Die politische Verantwortung für all dies trägt Zürichs Stadtpräsidentin Corine Mauch mit ihrer Regierung und Teilen der Kantonsregierung. Als nun Anfang Januar der Druck zu gross wurde und der Wahlkampf für Zürichs Gemeinderats-, Stadtrats- und Stadtpräsidentenwahlen in die Gänge kam, vollzog Corine Mauch in der Causa Bührle die Charmeoffensive und frisst zumindest kommunikativ Kreide. Echte neue Forderungen stellt sie allerdings nicht. Im Interview mit dem «Sonntagsblick» sagte sie letzten Sonntag: «Wir sind in einem guten, konstruktiven Austausch mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) und mit der Israelitischen Kultusgemeinde Zürich (ICZ).» Zwei Organisationen, die zur Causa Bührle bis November 2021 nichts gesagt, nichts gefordert oder mit Blick auf die Eröffnung der Sammlung Bührle nichts gemacht haben. Was nicht nur in der jüdischen Welt für sprachloses Staunen sorgte, stellt sich für Mauch selbstredend als dankbare Allianz dar und erinnert an Friedrich

Torbergs Zeile in seinem Roman «Die Tante Jolesch»: «Was setzt du dich hin Karten spielen mit Leuten, was sich hinsetzen Karten spielen mit dir?» Was bei Jolesch noch klar in eine Richtung adressiert war, gilt in der Causa Bührle für beide Seiten, wenn nächste Woche Gespräche zwischen Mauch, SIG und ICZ stattfinden. Die beiden jüdischen Organisationen wollen die Stadtregierung für eine gute Lösung beraten. Doch was kann diese sein? Die von anderen formulierte Forderung nach unabhängiger Provenienzforschung der Sammlung und Darstellung der ehemaligen Inhaberfamilien der Bilder ist seit Jahren auf dem Tisch. Ebenso die seit Monaten von anderen geforderte Offenlegung von Leihverträgen oder grundlegenden Änderungen im Dokumentationsraum zur Sammlung Bührle. Was Pflicht gewesen wäre vor der Eröffnung des Kunsthaus Zürich, wird nun zur Kür erhoben. Anders bei der Debatte um die seit Jahrhunderten vorhandenen Inschriften zum Thema «Mohren» in der Stadt Zürich. Da handelte die Stadtpräsidentin rasch und sagte der NZZ im

ANDREAS MINK

# Keine Spenden für Putschisten!



Der Ploughshares Fund ist seit Jahrzehnten für Abrüstung und soziale Gerechtigkeit in den USA engagiert. Nun schlägt mit John Carl Baker ein führender Mitarbeiter der Stiftung im Zusammenhang mit dem Sturm auf das US-Kapitol am 6. Januar 2021 Alarm. Dies pas-

senderweise in der Militärzeitschrift «Defense One». Baker zitiert eine neue Studie der «Watch Dog»-Organisation Citizens for Responsibility and Ethics. Demnach spenden Rüstungskonzerne, die ihre schiere Existenz öffentlichen Geldern verdanken, nach Kräften an Feinde der amerikanischen Demokratie. Damit sind rund 150 republikanische Parlamentarier gemeint, die vor einem Jahr die offizielle Anerkennung der Wahlergebnisse vom November 2020 verweigert haben – dies Stunden nach dem von Donald Trump angezettelten Sturm auf das Kapitol.

Laut der von Baker zitierten Studie rangiert Boeing dabei mit Spenden von 346 500 Dollar an der Spitze. Der Konzern hat nicht allein Kongress-Mitglieder bedacht, sondern auch Justizminister von Gliedstaaten, die ebenfalls das Lied von den angeblich «gestohlenen» Wahlen gesungen und die Ergebnisse in ihren Regionen als manipuliert und gefälscht bekämpft hatten. Daneben werden

General Dynamics mit 233 500 Dollar, Lockheed Martin mit 205 000 Dollar sowie L3Harris mit 173 000, Northrop Grumman mit 151 000 und Raytheon mit 150 500 Dollar genannt. Bemerkenswert dabei ist, dass Boeing, Lockheed und Northrop nach dem 6. Januar wie zahlreiche andere Firmen und Lobbys einen Spenden-Stopp verhängt hat-

**«Rüstungskonzerne, die ihre Existenz öffentlichen Geldern verdanken, spenden an Feinde der amerikanischen Demokratie.»**

ten. Doch davon seien die Rüstungsriesen heimlich, still und leise abgerückt. So hätten General Dynamics, Lockheed und Raytheon sogar für Ronny Jackson, den ehemaligen Leibarzt und neuerdings Abgeordneten aus Texas gespendet. Der hatte in einem Zeitungsbeitrag die «grosse Lüge» verbreitet, die Wahl sei «Präsident Trump gestohlen» worden und deshalb müssten die Ergebnisse annulliert werden.

Diese Zahlen strafen die nach der Wahlniederlage Trumps bei Medien und Insidern kursierende Idee Lügen, die Wirtschaft und Grossspender seien quasi der letzte Schutzwall vor dem Absturz Amerikas in eine autoritäre Ordnung. Damals hatte die einflussreiche Chamber of Commerce offiziell nach einer Anerkennung des Sieges von Joe Biden gerufen und damit auch etablierte Republikaner in ihrer Opposition zu einem Trump-Putsch bestärkt. Baker bietet für diesen Sinneswandel eine ebenso deprimierende wie glaubwürdige Erklärung: Etliche der von den Waffenschmiedern bedachten Politiker sitzen in Kongress-Ausschüssen, die für Budget-Entscheidungen wichtig sind. Einer auf die Eisenhower-Ära zurückgehenden Tradition des militärisch-industriellen Komplexes entsprechend, retournieren Politiker Spenden in Form von Rüstungsaufträgen – und die Branche schafft dafür landesweit Arbeitsplätze.

Baker kommt daher zu dem Schluss, dass zumindest die Rüstungswirtschaft keineswegs einen Umsturz der Demokratie anstrebt. Aber die Industrie will es sich angesichts eines jüngst auf knapp 800 Milliarden Dollar angewachsenen Wehretats auch nicht mit einflussreichen Politikern verderben – ob diese nun einen Trump-Putsch betreiben oder nicht. Bakers Fazit: «Um die Zukunft der liberalen Demokratie in den Vereinigten Staaten ist es schlecht bestellt.»

*Andreas Mink ist USA-Korrespondent von tachles.*

April 2021: «Rassismus kann und darf nicht toleriert werden.» Gehandelt wurde schnell. «Mohren» sollten aus dem öffentlichen Raum von Wandgemälden oder Namenstafeln entfernt werden. SP-Politikerin Mauch indessen ist zur Stadthalterin von Zürichs Eliten geworden, namentlich auch der Familie Bührlé. Die Familie zählt zu den reichsten in der Schweiz, wird von Zürich und ihren Eliten hofiert. Daran können auch jüngste Recherchen über Zwangsarbeit im «Beobachter» nichts ändern. Stand die Linke einst noch für radikale Aufklärung der Schweizer Geschichte, für die Rehabilitierung des Judenretters Paul Grüniger, für den Einsatz um Gerechtigkeit für die Opfer des NS-Regimes, steht die neue Generation für fahrlässige Geschichtsvergessenheit und Unaufrichtigkeit bis hin in den Bundesrat, da Kulturminister Berset in Sachen unabhängiger Expertenkommission etwa für Raubkunst herumlaviert. Blutgeld ist Basis für den Aufstieg der Familie Bührlé. An den Wänden der Familien hängen jene Zweidrittel der Kunstsammlung Bührlé, die nie in die Stiftung überführt wurden. Darunter vermutlich nicht wenig aufgearbeitete Raubkunst.

Als 2001 die Sammlung von Christian Friedrich Flick in Zürich ein Museum unweit vom Schiffbau erhalten wollte, reagierte Zürich an-

ders. Der damalige Schauspielhaus-Direktor Christoph Marthaler reagierte mit vehementer Kritik gegen ein Flick-Museum. Sein Protest erhielt Unterstützung von zahlreichen Kulturschaffenden und Politikern. Flick zog seine Pläne zurück und ging nach Berlin. Marthaler argumentierte: «Wir können den Gedanken nicht verdrängen, dass die Exponate dieser Sammlung mit Kriegsverbrecher-Geld und enteignetem, arisiertem jüdischem Vermögen bezahlt wurden. Die Kunst der Sammlung können wir nicht trennen vom Wissen darüber, dass sich die Familie Flick bis heute weigert, Entschädigungsgelder an ehemalige Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge zu bezahlen. Kunst veredelt in diesem Fall nicht.» Die Sammlung fand ihr Ende meist in den Kellern des Berliner Museums Hamburger Bahnhof, von wo sie Flick jetzt abgezogen hat. Letztlich wollten die Zürcherinnen und Zürcher eine solche Sammlung nicht. Während andere Sammler das Kunsthaus Zürich im Zuge der aktuellen Debatte eher meiden, würde nicht überraschen, wenn Flick bald wieder in Zürich anklopft und Unterschlupf für seine Sammlung in Zürich sucht. Die Stadt wird allereins um die Aufarbeitung der politischen Verantwortung und Vorgänge der letzten Jahre nicht herumkommen. Längst wäre hier eine parlamentarische Untersuchungskom-

mission angesagt gewesen, die Offenlegung vieler Dokumente oder des Leihvertrags noch vor den Wahlen. Zumindest diesmal soll Zürichs Stimmbevölkerung Transparenz erfahren anstatt Schuldzuweisungen von der Stadtpräsidentin im «Sonntagsblick»-Interview zugewiesen zu erhalten: «So hatten, als 2012 über den Kunsthauskredit gestritten wurde, auch prominente Stimmen, die sich heute an vorderster Front an der Debatte beteiligen, noch nicht Provenienzen im Fokus, sondern rühmten vornehmlich die Chancen, die die Ausstellung bringt. Ich erachte das nicht als Vorwurf. Aber ich stelle fest, dass eine gesellschaftliche Debatte nicht stehen bleibt. Wir befinden uns heute, zehn Jahre später, an einem anderen Punkt.» Die Gesellschaft hat sich nicht gewandelt. Die Stadtregierung und Corine Mauch hat damals die Verquickung mit der Bührlé-Sammlung bei der Abstimmung zum Erweiterungsbau des Kunsthauses Zürich erfolgreich aus der Diskussion oder weitgehend auch aus den Abstimmungsunterlagen herausgehalten (tachles berichtete). Diese und andere Maucheleien haben zum Kunsthaus-Desaster geführt.

*Yves Kugelmann ist Chefredaktor der JM Jüdischen Medien AG.*